

Nebrauer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Verden.

Nr 126

Donnerstag, den 24. Oktober 1929

42. Jahrgang

Zündholzmonopol und Schwedenanleihe. Die offiziellen Mitteilungen.

Stockholm, 22. Oktober.

Die Direktion des schwedischen Zündholzmonopols gibt folgende offizielle Mitteilung heraus: Ein ewigjähriger Vertrag ist abgeschlossen worden zwischen der deutschen Reichsregierung und der Schwedischen Zündholzgesellschaft sowie der Firma N. B. Finanzielle Maatschappij Krøger & Toll, wodurch das Monopolrecht für Deutschland für Verkauf, Absatz und Einfuhr von Zündholzfabrikaten der Deutschen Zündholzgesellschaft übertragen wird, die vorläufiglich länger infolge der Transaktion ihren Namen ändern wird. Die Zeit für die Übertragung des Monopols ist festgesetzt worden auf wenigstens 32 Jahre und höchstens 50 Jahre, abhängig von dem Zeitpunkt für die Rückzahlung des in Verbindung mit der Transaktion der deutschen Regierung gewährten Darlehens.

Während der Vertragszeit dürfen keine neuen Zündholzfabriken in Deutschland angelegt werden. Die Hälfte der Aktien in der Monopolgesellschaft sollen direkt oder indirekt von der Schwedischen Zündholzgesellschaft und der International Match Corporation und die andere Hälfte von Aktien von den deutschen Fabriken und der Reichsfinanzverwaltung übernommen werden. Die Erzeugungsquoten für die Zündholzfabriken sind festgesetzt worden, daß die zu der Schwedischen Zündholzgesellschaft gehörigen Fabriken wie früher ungefähr 65 Prozent und die deutschen Fabriken ungefähr 35 Prozent der Zündholzerzeugung erhalten. Sinnfällige der Preisfestsetzung für Zündhölzer soll der Einzelverkaufspreis von 25 auf 30 Pf. je Paket von 10 Schachteln erhöht werden. Besondere ausführliche Bestimmungen für die Preisfestsetzung sind in den Vertrag aufgenommen. Die Aktienbesitzer der Monopolgesellschaft sind verpflichtet eine Leihsumme von 10 Millionen auf ihre Aktien in Höhe von 9 Prozent zu leisten. Die Regierung soll 13 Reichsmark je Kiste von 10 000 Schachteln erhalten, und der möglicherweise darüber hinausgehende Gewinn soll zu gleichen Teilen zwischen dem deutschen Staat und den schwedischen Anteilseignern verteilt werden.

In Verbindung mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag soll N. B. Finanzielle Maatschappij Krøger & Toll dem deutschen Staat ein Darlehen von 125 Millionen Dollar auf eine Zeit von 50 Jahren stellen, zu einem Zinssatz von 6 Prozent und zu 93 Prozent Ausgabensatz, sowie mit einem Konvertierungsrecht für den deutschen Staat zu pari nach 10 Jahren. Das Darlehen soll in zwei Teile geteilt werden, oder eine zu 50 Millionen Dollar 7 Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages und der Rest von 75 Millionen Dollar nach weiteren 9 Monaten. Der Vertrag soll vom Reichstag ratifiziert werden und ist abhängig von der Annahme des Youngplans.

Die Berliner amtliche Verkaufsberatung.

Über den Abschluß der Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit dem schwedischen Zündholz-Konzern wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Zwischen dem Reichsminister und Herrn Krøger unterzeichnet ist jetzt im Reichsfinanzministerium ein Vorvertrag über eine im Zusammenhang mit der Neuregelung der deutschen Zündholzwirtschaft stehende Anleihe paraphiert worden. Über die Grundlagen eines ewigjährigen Vertragsabkommens besteht ein Einverständnis. Einige Einzelheiten sind noch Gegenstand von Verhandlungen. Der Abschluß des Vertrages selbst wird in einigen Tagen erfolgen. Die Öffentlichkeit wird jedoch über den Inhalt des Abkommens eingehend unterrichtet werden.

Staatsgerichtshof und Volksbegehren.

Der preussische Verfassungsantrag abgelehnt.

Reipzig, 23. Oktober.

Der Staatsgerichtshof ist auf Grund eines eiligen Einberufung durch den Reichsgerichtspräsidenten Summe in Leipzig zusammengetreten, um über die Klage zu entscheiden, die von der Deutschen Nationalen Volkspartei gegen die preussische Regierung wegen deren Stellungnahme gegenüber dem Beamten erhoben ist, die sich am Volksbegehren beteiligen.

Der Vorsitz führt Reichsgerichtspräsident Summe, Beisitzer sind die Reichsgerichtsräte Hogemann, Trebe und Schmied und die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. Grottelhagen, Augemburger und Dr. Otto. Das Protokoll führt Regierungsinспектор Krause.

Der Vorsitzende untrifft zunächst die Aufgaben der Verhandlung. Sie betreffen in erster Linie den Erlaß einer einseitigen Verfügung durch den Staatsgerichtshof. Ihm blüht ist die Frage obener Erwähnung, an der sich ein Einverständnis der Parteien herbeiführen werden könne, um auch zur Hauptphase zu verhandeln. An sich stehen Praxis und Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes zur Verhandlung der Hauptphase die Wahrung einer Anleihe von 14 Tausend Tausend (Paragraf 6 der Geschäftsordnung) Reichsregierung auszuweisen, an der sich in der Hauptphase Reichsanwalt Seemann-Eggert als Vertreter der deutschen Nationalen Volkspartei und als Regierungsvertreter Ministerialrat Badt beteiligen, verhandelt der Staatsgerichtshof folgende Beschlüsse:

1. Die Anfechtung des Reichsausgleichs an das Klagebegehren der deutschen Nationalen Volkspartei ist zurückzuführen.

2. Der Antrag der preussischen Staatsregierung auf Vertagung wird abgelehnt.

Es wurde dann in die Verhandlung über den Antrag des Erlässens einer einstweiligen Verfügung eingetreten.

Reiflose Rückgliederung.

Was die tatföhlische Saararbeiterschaft verlangt.

Saarbrücken, 23. Oktober.

Die tatföhlischen Arbeitervereine des Dießjahrenverbandes Saar nahmen auf ihrer Vertreterkonferenz zu den bestehenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich Stellung und faßten bezüglich der Rückgliederung des Saargebietes folgende Entschlüsse:

„Die Konferenz steht mit allen politischen und wirtschaftlichen Organisationen an der Saar auf dem Standpunkt, daß nur die abschließende reiflose Wiedereröffnung des Saargebietes in den deutschen Staat die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich schaffen kann. Von Reich und Staat erwartet der Vertreterkongress, daß alles geschieht, um eine möglichst reiflose Wiedereröffnung in die deutsche Wirtschaft zu ermöglichen. Den besten Erfolg für die Interessen der Arbeiterschaft erblickt der Vertreterkongress in festen Organisationen der Selbsthilfe. Der Vertreterkongress steht in der vertrauensvollen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung der tatföhlischen Arbeitervereine und der freiwilligen Gewerkschaften den einzigen Weg zur Rettung der Arbeiterschaft.“

Da sich diese Entschlüsse mit ähnlichen der freien und der gewerkschaftlichen Organisationen decken, ist damit wiederum einmal der Schmelzpunkt erreicht, mit dem man in Paris hausieren ging, als verlange die Saararbeiterschaft für die Zukunft den Verbleib der Franzosen im Saargebiet aus wirtschaftlichen Gründen. Neben den anderen Bevölkerungsgruppen ist es vornehmlich auch die gesamte Arbeiterschaft, die den demgegenüberliegenden Widerstand an das Reich mit untriffliger Bestimmtheit verlangt.

Das Gemeindeverfassungsrecht.

Ausführung des Preussischen Landtages.

Berlin, 23. Oktober.

Der Gemeindeverfassungsausschuss des Preussischen Landtages beschloß sich nochmals mit der

Planets zum Gemeindeverfassungsrecht, wann festgestellt wird, daß im Falle eines besonderen Beschlusses durch Ortsorgane die Stellen eines besetzten Gemeindevorstandes und besetzten Schöffen eingerichtet werden können. Durch diese Bestimmung soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, für die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge beteiligten Gemeindevorstandes der genannten Art, die unter anderem die bisher geltenden Bestimmungen des Gemeindeverfassungsrechtes als besetzte Beamten angelegt werden waren.

In seiner neuerlichen Beratung hat der Ausschuss im wesentlichen seine Beschlüsse bestätigt, aber beschlossen, die Regelung der generellen Bestimmungen wie der Stärke der in Frage kommenden Landgemeinden usw. dem kommenden Gemeindeverfassungsrecht zu überlassen.

Die innerpolitische Lage in Polen.

Am Vorabend großer Ereignisse.

Warschau, 23. Oktober.

Die innerpolitische Lage in Polen wird in Warschauer politischen Kreisen lebhaft diskutiert. Im Parlament herrscht reges Leben, da einige Fraktionen Beratungen über die in der nächsten Zeit zu unternehmenden Schritte abhielten. Bei Pilsudski fanden vor kurzem wichtige politische Besprechungen statt, die ebenfalls die sich immer mehr zuspitzende innerpolitische Lage zum Gegenstand hatten. Bekanntlich hat die Regierung sich entschlossen, den Sejm zur den 31. Oktober einzuberufen. Eine längere Verzögerung ließ die Verfassung nicht mehr zu. Schon in der Einberufung auf den letzten Tag prägt sich die geringe Wertschätzung aus, deren sich der Sejm in Regierungskreisen erfreut.

Während der Session wird sich nun das Schicksal des Sejm entscheiden. Eine große Anzahl von Sejmparteien der Linken, der Mitte und der Rechten werden Mißtrauensvoten gegen die Gesamtregierung einbringen. Bislang lagen, solange Pilsudski am Ruder ist, nur immer Mißtrauensvoten gegen einzelne Minister vor, die dann auch den Rücktritt der Betroffenen zur Folge hatten. Es ist aber nicht anzunehmen, daß Pilsudski gewonnen ist, einem Mißtrauensvotum des von ihm loyalierten Sejm zu weichen. Das ist auch bereits von den Führern des Regierungslagers Pressevertretern gegenüber zum Ausdruck gebracht worden. Sollte dieser Fall eintreten, dann bliebe der Regierung nichts weiter übrig, als ein Ende zu machen mit dem bisherigen Schwanken zwischen Legitimität und Selbstherrlichkeit. Den Sejm einzulösen und die Verfassungsänderung, über die ein Entwurf des Regierungslagers schon seit Februar d. J. vorliegt, durch Staatsrecht zu erzwingen. Auf diesen Ausweg wären die Kreise um Pilsudski schon längst verfallen, wenn nicht die Möglichkeit auf den ausländischen Kredit dem entgegenstände. Gerade dieser ausländische Kredit ist es aber, dessen Fehlen bei der katastrophalen

Lage seiner Wirtschaft gerade jetzt am dringendsten bedarf. Die jahrelange Verschleppung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ist auch nicht geeignet, der polnischen Wirtschaft eine Erleichterung zu verschaffen und den politischen Auslandsdreh zu fällen.

Vorläufig ist jedenfalls die Frage noch offen, wie die Regierung im Falle der Annahme des Mißtrauensvotums der Oppositionsparteien, die selbst im Regierungslager erwartet wird und die nach der Verfassung nur den Rücktritt der gesamten Regierung zur Folge haben kann, handeln wird. In Warschauer parlamentarischen Kreisen wird die Möglichkeit erörtert, daß sich Pilsudski, dem die offene Diktatur nicht zu liegen kommt, einmal entschließen könnte, der Opposition Gelegenheit zu einer parlamentarischen Regierungsbildung zu geben. Das würde jedoch nur ein Experiment darstellen, da ja die Opposition in sich selbst nichts weniger als einig ist und zu einer Übereinstimmung über ein Regierungsprogramm niemals gelangen würde. Weiter wird die Möglichkeit besprochen, daß die Regierung das Mißtrauensvotum gar nicht erst abwarten, sondern sich noch vor der Eröffnung des Parlaments umwidern würde. Diesmal hat es jedoch nicht den Anschein, als ob sich die Opposition damit zufrieden geben wird. In Warschau steht man also genötigt wieder einmal am Vorabend großer Ereignisse.

Gerechtigkeit für die Deutschen!

Bezieh über die Minderheiten.

Paris, 22. Oktober.

Im Rahmen seiner Wahlpropaganda hat der tschechoslowakische Außenminister Benesch das Nationalitätenproblem zum besonderen Thema einer Redebeilage gemacht, die sich namentlich auf die deutsche Minderheit wandte.

Benesch erklärte, daß unter der Voraussetzung der Anerkennung des tschechoslowakischen Staates die Deutschen anständige Gleichheit und Gerechtigkeit beanspruchen dürfen und erhalten sollten, sie müßten aber einsehen, daß sie sich von äußeren Einflüssen befreien und ihre grundsätzliche Opposition aufgeben müßten. Sie seien ein Bestandteil des Staates und seiner Wirtschaft, der Staat erwarte ihre Mitarbeit und wolle das deutsche Problem mit Würde, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit regeln.

Aus diesen Ausführungen scheint hervorzugehen, daß allem zunächst eine grundsätzliche Regelung des deutsch-tschechoslowakischen Problems auf der Basis eines formulierten Vertrages herbeizuführen.

Das Kabinett Briand gestürzt.

Paris, 22. Okt. Die Regierung Briand ist in der ersten Sitzung der wieder zusammengetretenen Kammer gestürzt worden. Da fast von sämtlichen Parteien, von der äußersten Linken bis hinüber zur äußersten Rechten, von Briand verlangt wurde, daß die Debatte über die außenpolitischen Fragen, insbesondere über den Youngplan und über die Rheinlanddrängung, sofort eröffnet werde, sah sich Briand gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen. Dabei blieb er mit elf Stimmen in der Minderheit.

Für uns Deutsche ist der Wechsel in der französischen Regierung ohne besondere Bedeutung, denn wir haben in letzter Zeit erleben müssen, daß der Sozialist Briand keineswegs dem Chauvinisten Poincaré nachstand, wenn es galt, dem besiegten Deutschland die Fesseln fester anzulegen. In diesem Punkte sind beide Franzosen, keine Parteimitglieder.

Die Senatswahlen in Frankreich.

Leidige Besiegte gehen nach links.

Paris 21. Oktober.

Bei den Senatswahlen wurden 69 ausführende Senatoren wiedergewählt, während 27 neue im kommenden Januar in das Kabinett der Augemburger einzutreten werden. Die Ergebnisse von Guedoupe und Reunion liegen noch aus. Die Wahlstimme hat einen ganz geringen Aufschwung nach links gebracht, und zwar verliert die republikanische Liste 7 Sitze, während die Radikale-Republikaner 3, die Radikalen und die Radikalsocialisten ebenfalls 3 und die Sozialisten 1 Sitz gewinnen.

Das bemerkenswertere Ereignis der Wahlen ist die Niederlage des Autonomisten Abbé Saenz. Nicht gewählt wurden der frühere Senatspräsident Antierou, der frühere Reichsministerpräsident Francois-Marcel, sowie andere rechtsgerichtete Senatoren Mailbert, Oberst Solle, Peres und der Bürgermeister von Marfaillies, Straßburger.

Pressestimmen.

Die französische gemäßigtere Presse leidet das Wahlergebnis als eine unbefriedigende Bewegung nach links, dagegen erklärt das „Echo de Paris“:

Die Linksparlamentarier hätten eine große Enttäuschung erfahren. Unter Berücksichtigung des Umfanges, daß die ausführenden Senatoren bereits 1920 gewählt worden seien und daß die Gemeindevorwahlen von 1925 und 1929 teilweise zu Gunsten der radikalen, teilweise unentschieden ausgefallen waren, hätten die Linksparlamentarier geglaubt, sie würden zahlreiche Erfolge erringen. Durch dieses Ereignis seien sie atavistisch enttäuscht worden. Der

Lagen in noiem Maße zu rechnen ist. Vorläufig werden etwa 20 Arbeiter auf dem Gemeindefeld für Brot finden, die außer aus Notverbreude aus Erbsen und Weizenbrot kommen. Bei einem allfälligen Geschichtsfall wird wohl mit einer Erweiterung der Schwerpatenminung in absehbarer Zeit zu rechnen sein.

Halle. Zwei Schmeckerbächer erlapp. Der Kriminalpolizei gelang es, zwei Schmeckerbächer festzunehmen, als sie über eine Mauer hinwegzogen, um in das Kontor eines Altmittelalters einzuweichen. Aufmerksam geworden war man durch einen Mann, der sich durch Anlauf von Dietrichen verächtlich gemacht hatte. Es stellte sich heraus, daß er zu einer Bande gehörte, die sich in der Nähe des Alms für Obdachlose verborgen hielt.

Sanderleben. Amtsenthebung des Bürgermeisters. In einer förmlichen Sitzung, zu der außer dem Magistrat auch die Vertreter der Gemeinderatsfraktionen zugezogen worden waren, ist Bürgermeister Götz durch den Kreisdirektor Günther-Berndt vorläufig seines Amtes enthoben worden. Auf wiederholtes Verlangen der großen Mehrheit der Stadtvorordneten soll sich die Amtsenthebung veranlaßt gesehen haben, die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu beantragen. Aus diesem Grunde sei die vorläufige Amtsenthebung angeordnet worden.

Schulz. Dreifacher Selbstmord eines Greises. In Tornau verstarb ein 67 Jahre alter Auswärtiger dadurch Selbstmord, daß er sich zunächst eine Schnittwunde am Halse, darauf einen Leinwandfuß beibrachte und sich dann in einem Wägenkasten ertränkte. Der alte Mann war vor Gericht geladen worden. Aus Angst vor der Verhaftung scheint der Greis in den Tod gegangen zu sein.

Reinickte (Kreis Ralswiek). Gekleimnerei in der Reinknerei. Eine von Wiersens nach hier verzogene Familie hatte in einem erworbenen Grundstück eine Gekleimnerei eingerichtet. Die Polizei fand dahinter auf Befehlsgemäße unter Hinzuziehung von Beamten des Wiersenslebensamt, des Kommandos und des Landrats.

Seligenstadt. Acht Jahre Juchtaus für einen Einbrecher. Der Juchtausler Walter Kempz aus Halle, der im August bei einem Mühlenbrand in Lutter eine Frau niedergeworfen hat, wurde von der Strafkammer wegen 8 schweren, durch einen Mordverdacht im Jahre 1912, sowie Körperverletzung zu acht Jahren Juchtaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm ebenfalls aberkannt.

Storkheim (Höfn). Weil er einen Korb befüllt. Die Tochter des Schneidermeisters Simon wurde von dem Elternbruder Ludwig Endrich, dessen Wohnung sie nicht erwiderte, überfallen und durch einen Messerstich schwer verletzt. Man zweifelt an ihrem Wiedererlangen. Die Polizei nahm den Täter, der sich in einer Scheune verriet hat, fest.

Friedrichsdorf. Schon jetzt meldet sich die Winterzeit an! Noch sind die blauen Sommertage in lebhafter Erinnerung, noch trägt die Natur rot-gold-herbstlichen Wäldchen und — und doch wirkt das Weihnachtsfest schon seine Strahlen voraus. Ein schon abgeerntetes Feld des Schiringer Waldes schon Anzeichen zu sein wie: 60000 Weihnachtsbäume, Nischen, 1—3 Meter, nur gut gewachsen, in Teilposten oder Beständen, sowie Tannen lauft gegen bar, prompt 2 1/2. Da ja der staatliche Forst keine Nischen mehr veräußert und in der Auslieferung von Jungbäumen sehr langsam ist, richtet sich der Kunde nach in Privatbesitz und Gemeinden, die Waldbestände ihrer nennen. Nebenfalls ein Zeichen, daß schon jetzt die Nachfrage um das schönste und lieblichste aller christlichen Feste einzuleiten beginnt.

Höhrendorf. Fahrt in den Tod. Nachts fuhr auf der Hauptstraße in Höhrendorf ein Schloßknecht aus Schmetz mit seinem Wagen gegen einen ihm entgegenkommenden Personentransportwagen. Der Schloßknecht stürzte und erlitt schwere Verletzungen, an deren Folgen er in Künigshaber Krankenhaus in Chemnitz starb. Der Führer des Personentransportwagens wurde nicht verurteilt. Ueber die Schuldfrage sind die erforderlichen Erörterungen eingeleitet worden.

Altenburg. Die Altenburger Raubmordaffäre. Die Verhandlung gegen den verhafteten 52 Jahre alten Oberleutnant Fritz Otto hat sich so verwickelt, daß an der Täterhaft Otto kaum zweifeln werden kann. Der Verhaftete war zuletzt drei Jahre bei dem Gutsbesitzer Erler in Goldschau beschäftigt und konnte für die Mordnacht ein Alibi nicht beibringen. Er hat sich in den letzten Tagen durch große Geldsummen verächtlich gemacht. Zu einem Geständnis war Otto bisher noch nicht zu bewegen. Jetzt entwarf man in einem Verhör, den der Verhaftete stets förmlich verweigert, ein Lager mit verschiedenen Werkzeugen. Am Tatort ist nunmehr auch die Fülle gefunden worden, die zu dem todbringenden Geschah gehöre. Die Untersuchung ist aus der Armutpille abgehen worden. Es wurde festgestellt, daß dem Gutsbesitzer Erler im Laufe dieses Frühjahrs eine Armutpille durch Diebstahl abhandeln kam.

Unterwellenborn. Er wollte nicht fleischer werden. In hier fehlte sich der 15jährige Fleischerlehrling Schmidt aus Unterwellenborn in einen Eisen Industriebehälter und ertrank. Er verübte die Tat, weil er nicht fleischer werden wollte.

Aus Nah und Fern.

Simbach. Aufschlupfriger Straße zu Tode gekommen. Der 28 Jahre alte Klempner Schmalfuß am nachts auf der durch den Regen schlüpfrig gewordenen Straße in Simbach mit seinem Motorrad ins Rutschen. Seine mitfahrende Begleiterin, die etwa 15 Jahre alte Elise Kubold, erlitt beim Sturz einen Schädelbruch und war sofort tot. Schmalfuß blieb unverletzt.

Dresden. Der Millionenredit der Stadt Dresden spielte die Hauptrolle in einem Verleumdungsprozess, den die Gräfin Wladya von Gersdorf gegen den Reichsminister Dr. Kütz beim Amtsgericht Charlottenburg angestrengt hatte. Die Verleumdung wurde in einem Urteile vom Dezember 1925 erklart, den Dr. Kütz an den Beauftragten der Klägerin geschrieben hat und in dem ihr vorgelesen wurde, sie hätte durch Vorpiegelung einer falschen Tatsache versucht, eine Provision für den Millionenredit für sich herauszuschlagen. Das Amtsgericht Charlottenburg verzurteilte Dr. Kütz wegen ihrer Verleumdung zu 200 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte die Berufung ein. In einer erneuten Verhandlung folgte Reichsanwalt Walter Baier einem der Gräfin Gersdorf einen Vergleich vor, wonach Dr. Kütz eine Erklärungsabgabe abgeben sollte. Doch lehnte dieser ab. Zur Begründung wurde in der Verhandlung sehr interessante Sachverhalte erörtert. Das Gericht am Ort der Vernehmung der Berufung des Angeklagten Dr. Kütz, in dem es ausführt, daß dieser unter keinen Umständen das Recht gehabt habe, das Verhalten der Gräfin Wladya



geben — in kochendes Wasser aufgelöst — vorzügliches Fleischbrühe; sie ersparen das Ausschauen von leurem Suppenfleisch.

vor als befähigt hinzuzufügen. Das ging auch für einen Bürgermeister über den Namen des Statuaraphen 193 des Straßengebüches hinaus. Es verhängte gegen Dr. Kütz dieselbe Strafe von 200 Mark.

Zittau. Notstandeplatz in Zittau. Ein Teil des früheren Erzerzplatzes in Großpörlitz ist als Notstandeplatz anerkannt und in die Liste der deutschen Notstandeplätze aufgenommen worden.

Breslau. Selbstmord eines Polizeibeamten. Der Leiter der Breslauer politischen Polizei, der gleichzeitig der Grenzpolizei im Landstrichamt in Breslau vorstand, Kriminal-Oberinspektor Albrecht, hat sich in Gegenwart eines anderen Beamten plötzlich durch einen Bruchschuß getötet. Oberinspektor Albrecht, der als besonders befähigter Beamter galt, stand kurz vor seiner Beförderung zum Kriminalrat. Wegen eines außerordentlichen Vorfallkommis und wegen ihm ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. Diese Ursache scheint sich der Beamte zu sehr zu setzen genommen zu haben.

Hannover. Die alte niederträchtige Manier. Straßenbahnfahrer fanden in Niddingen ein junges Mädchen in schwer verletztem Zustande auf. Dem Mädchen waren beide Beine abgefahren. Außerdem wurden schwere Kopfverletzungen erlitten. Die Verunglückte wurde in das Krankenhaus eintriefert, wo sie bereits kurze Zeit vorher ihren schweren Verletzungen erlag. Man nimmt an, daß die Verunglückte von einem Kraftfahrer überfahren wurde, der dann, ohne sich um das Mädchen zu kümmern, die Flucht ergriffen hat.

Wilhelmshaven. Der Neubau des Kreuzers 'König'. Der Kreuzer 'König' hat den Anfang nächsten Jahres in Dienst gestellt wird, hat jetzt durch den großen Schwinden in den dritten und letzten Geschützturm an Bord geleistet bekommen. Danach hat der Kreuzer seine 15-Zentimeter-Türme vollständig. In der nächsten Zeit werden dann die Geschützrohre eingeleitet.

Stuttgart. Folgen einer Verhöhnung. In dem benachbarten Landstrich hat bei Streitigkeiten unter den Brüdern Kaiser der älteste der Brüder seinen 22 Jahre alten Bruder erschossen und einen anderen Bruder, der dem jüngeren zu Hilfe eilen wollte, durch einen Bauchschuß lebensgefährlich Verletzungen beigebracht.

Bonn. Die Verleugung Louisa. Der Kreuzer wurde mit der Verleugung der Kaiserin der Frau Louisa begonnen, die die Firma Kemper vornimmt. Der Katalog der Kaiserin verzeichnete 241 Bücher, darunter wertvolle Exemplare. Viele Bücher sind in Ueber abgeben und tragen den Namenszug Friedrich III. Der Anbruch zu der Verleugung war nicht leicht, trotzdem kam man mit ihr nicht zu Ende. Ohne die Bücher sind 400 000 Mark umgelegt worden.

Saarbrücken. Schiff in Gefahr! Auf der Saar war das Schiff 'Aventur' durch ein Led dem Untergang nahe. Die Guldiner freiwillige Feuerwehr brachte ihre Pumpe an Deck und pumpt das Wasser bis auf 11 Zentimeter aus. Plötzlich brach das Deck durch die ungewöhnliche Belastung der Pumpe ein und lag auf beiden Feuerwehrlente unter sich. Einige von ihnen wurden schwer verletzt.

Deutschlands neue Luftschiffe.

Die Ausfahrten des Zeppelin-Deaneverkehrs.

Hamburg, 22. Oktober.

Direktor Dr. Zeissler-Klop von der Hamburg-Amerika-Linie sprach in einer Sitzung des Luftschiff Vereins zu Hamburg über Fragen des Luftverkehrs.

Auf das finanzielle Ergebnis der Zeppelinfahrten eingehend, gab Dr. Klop bekannt, daß sowohl der Weltkrieg als auch die Amerika-Fahrten einen finanziellen Uebererschuß abgeworfen hätten. Daraus ergebe sich, daß, wenn es gelinge, die Abfahrten regelmäßig zu gestalten, die Wirtschaftlichkeit eines händigen transozeanischen Luftschiffverkehrs gesichert wäre.

Was die Feuergefährlichkeit des Luftschiffes betreffe, so behaupte sich gegenwärtig die G. C. Farbenindustrie mit der Verleugung eines heimlich und ebenfalls nicht feuergefährlichen Luftschiffes. Zum Schluß bezeichnete Dr. Klop als das nächste Ziel der deutschen Luftschiffahrt den Bau einer genügend großen Halle in Friedrichshagen, die dem transozeanischen Verkehr gewachsen sei. Eine solche Halle sei gegenwärtig in Friedrichshagen bereits im Bau. Der 'Graf Zeppelin' habe sich nach den Ausmaßen der bisherigen Halle richten müssen.

Das neue Luftschiff, dessen Pläne bereits vorliegen, solle erheblich höher werden. In den nächsten Jahren würden wahrscheinlich vier Luftschiffe gebaut werden, davon zwei in Auftrag Americas. Das notwendige Kapital zum weiteren Ausbau des Luftschiffverkehrs habe sich bereits in ziemlich umfangreiche gefunden.

Lehmann wird weiter ausfragen.

Vom Verteidiger des Buchhalters Lehmann wurde der Staatsanwaltlich mitgeteilt, daß Lehmann, der sich wieder erklart, den Mord begangen habe, erneut verurteilt werden, um weitere wichtige Mitteilungen zu machen. Der Hauptprüfungstermin für Lehmann findet am Donnerstag vor Amtsgerichtsrat Thiemann statt. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weisbach hat im Verlauf der Untersuchung der Einzel-Affäre das Verfahren auf der, gleich Gabel aus der kommunikativen Partei ausgeschlossenen Stadtrat des Bezirksamts Prenzlauer Berg, Degner, ausgedehnt. Degner ist unter der Befehlshabung der passiven Befehlshabung vorgeladen worden. Die Untersuchung des Staatsanwalts richtete sich nunmehr außer gegen die Einzel-Affäre und ihre nichtbeamteten Helfer gegen drei händliche Beamte, den Bürgermeister Sander und die Stadträte Gabel und Degner.

Kleine Chronik.

Siedlungsplan in Franztsch. Das Commune-Gesetz, das bekanntlich den Siedlungsplan in geradezu vorbildlicher Weise regeln soll, ist nach einer Vorläufige Regelung praktisch in die Tat umgelegt worden. Amtsinhaber Gaudner nahm an der Grundlegung des ersten Gemeindegabes teil, das den Anfang einer neuen kleinen Stadt mit 6000 Einwohnern bildet, die den Namen Oegemont tragen soll.

Das Urteil im Dmüher Prozess. Vor dem Dmüher Schöffengericht fand die Hauptverhandlung gegen den Reichsminister Adolf Brantl statt, der am 14. September dieses Jahres den wegen Spionagevertrahs in Untersuchungshaft befindlichen österreichischen Staatsangehörigen Robert Böhm im Geängnisloft erschlug. Ueberdies werden dem Angeklagten noch zwei Diebstahl zur Last gelegt. Die Frage auf Lebzahlgewalt auf Erzeugung wurde von den Geschworenen verneint, die Frage auf Diebstahl dagegen einstimmig bejaht. Der Angeklagte wurde zu sieben Monaten schweren Kerkers mit einem halbjährig monatlich verurteilt.

Diebstahl wertvoller Gemälde. In einer Villa in Kpsow wurden durch einen Einbruch, das Gemälde eines alten Mannes von Rembrandt im Werte von 15 000 Gulden und ein weiteres Gemälde von Ribera, Maria mit dem Engel darstellend, sowie mehrere andere Gemälde und Kunstgegenstände gestohlen.

Die Eblions-Feiern in America. Ganz America nahm an dem Jubiläum Eblions teil. In Darborn begannen große Feiernlichkeiten, nachdem Präsident Hoover mit Gattin sowie die übrigen Mitglieder des amerikanischen Kabinetts im Sonderzug eingetroffen waren. Owen Young befand sich gleichfalls unter den Gästen. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete außer dem Gespräch Eintritte, das von Deutschland nach America übertragen wurde, die Reden Hoovers und Eblions. Auch beteiligte sich Eblion sehr lebhaft an allen Veranstaltungen. So verlas er auch wie die Jugend Kräfte, Klisse und Zeitungen an die Gäste. Die Einnahmen dienen wohltätigen Zwecken. Am Abend unternahm Eblion, nachdem ringsum alles Licht ausgelöscht worden war, vor der Feiernsammlung mit seinen alten Mitarbeitern sein erstes Experiment mit dem Glühbirnen. Das Auffammern wurde von den Verammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Präsident Hoover feierte Eblion in einer humorvollen Rede, in der er an die Zeit der Petroleumbeleuchtung erinnerte. Owen Young verlas bei dem anschließenden Festessen die Verleihungsdeklaration des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Königs von Wales. Das Orchester spielte darauf Eblions Lieblingslied 'D. Sufanna'.

Verhängnisvoller Einzug einer alten Festungsmauer. Nach einer Meldung aus Melnes in Marotto stürzte dort eine aus dem 17. Jahrhundert stammende alte Mauer über den Festungsmauer auf einer Länge von hundert Metern hinweg und begrub acht unter sich. Zwei schwerverletzte Europäer mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Ueberflutungen in Argentinien. Nach einer Meldung aus Buenos Aires ist der Rio Uruguay über die Ufer getreten und hat seinen üblichen Wasserstand weit überflutet. Angehörige Flößen sind überflutet. Tausende von Menschen haben die Flucht ergriffen und haufen im Freien. Die argentinische Regierung hat sofort die notwendigen Hilfsmittel für die Bevölkerung der überfluteten Gebiete ergriffen.



Bei Düsseldorf erfolgte der Start des von dem bekannten Segelflieger und Flugzeugkonstrukteur Gottlob Christoph Epenlau erbauten Raftenflugzeuges, Epenlau in seinem Statetenflugzeuge.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen am 22. Oktober 1923.

Rohmaterialien. Die Notierungen am Markt der Zeilgeschäfte der Berliner Rohmaterialbörse lauteten etwas höher. Am Rohmaterial blieb das Angebot an deutlichen Weizen weiter sehr knapp. Die Nachfrage nach Weizen war nicht sehr hoch, jedoch etwas vermehrt. Kaufinteressenten für deutschen Weizen. An Roggen konnte sich kein großer Geschäft einstellen. Die Forderungen für den in größeren Mengen vorzuherrschenden Roggen sind nicht sehr hoch. Die Weizenhaltung ist sehr zurück, da das Roggenmehl weiter vollkommen stagniert, während Kontrakte, die abgeschlossen worden, erfüllen für spätere Lieferung, während das Roggenangebot nur der geringste Abnahme gilt. Nicht in beiden Seiten blieb unversorgt still bei gleichen Forderungen der Mühlen. An Weizen lag ansehnliches Angebot vor. Die Preisliste war fest, die Kaufkraft etwas abgefallen.

Amstliche Notierungen. Die Notierungen am Markt der Zeilgeschäfte der Berliner Rohmaterialbörse lauteten etwas höher. Am Rohmaterial blieb das Angebot an deutlichen Weizen weiter sehr knapp. Die Nachfrage nach Weizen war nicht sehr hoch, jedoch etwas vermehrt. Kaufinteressenten für deutschen Weizen. An Roggen konnte sich kein großer Geschäft einstellen. Die Forderungen für den in größeren Mengen vorzuherrschenden Roggen sind nicht sehr hoch. Die Weizenhaltung ist sehr zurück, da das Roggenmehl weiter vollkommen stagniert, während Kontrakte, die abgeschlossen worden, erfüllen für spätere Lieferung, während das Roggenangebot nur der geringste Abnahme gilt. Nicht in beiden Seiten blieb unversorgt still bei gleichen Forderungen der Mühlen. An Weizen lag ansehnliches Angebot vor. Die Preisliste war fest, die Kaufkraft etwas abgefallen.

Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 1605 Rinder, darunter 509 Ochsen, 888 Bullen, 788 Kühe und Kalber, 2275 Kalber, 3478 Schafe, 811 zum Schlachthof direkt, 11 629 Schafe, 2412 zum Schlachthof direkt, 11 629 Schafe, 386 Auslandschweine. Verkauf: Bei Rindern, Schafen und Schweinen ruhig, bei Kalbern lebhaft. Preise: Rinder: a) 60—65, b) 48—52, c) 48—48; Kühe: a) 44—48, b) 31—42, c) 26—30, d) 20—25; Kalber: a) 62—64, b) 48—51, c) 40—40; Schafe: 75—80; Kalber: a) —, b) 90—100, c) 75—92, d) 55—75.

Poincare zum zweiten Male operiert.

Ein langwieriger Genesungsverlauf.

Paris, 22. Oktober.

Wie angekündigt, haben die Professoren Marion und Goffet die zweite Operation an dem früheren Ministerpräsidenten Poincaré vorgenommen. Die Operation nahm einwöchentlich Stunden in Anspruch und wurde von dem Patienten gut überstanden. Besonders die Herzstätigkeit gab zu keinerlei Besorgnissen Anlass. Die Gastin Poincarés hat das neben dem Kranken gelegene Zimmer bezogen.

Nach der Operation wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben: „Die zweite Operation des Ministerpräsidenten Poincaré wurde heute vormittag von Professor Marion unter Assistenz des Professors Goffet und der Doktoren Benbin und Pierard vorgenommen.“

Wie erinnert, hätte die Operation schon vor vielen Wochen stattfinden sollen, doch erlaubten es die Komplikationen, die im Anlauf an die erste Operation auftraten, nicht, den Eingriff früher zu unternehmen. Die Operation gehört zu den schwierigsten Eingriffen auf mechanischem Gebiet. Die Harnblase ist nicht nur an der vorderen, sondern auch an der oberen Wand befestigt worden, und durch diesen doppelten Durchgang hat Professor Marion die Entfernung der Prostata vorgenommen.

Wenn die Professoren sich auch günstig geäußert haben, so fällt allgemein doch auf, daß die amtliche Verlautbarung keinerlei Hinweis auf den günstigen Verlauf der Operation enthält. Die Erholung nach der zweiten Operation wird wahrscheinlich längere Zeit erfordern als die Genesung seit nach der ersten Operation.

Ministerpräsident a. D. Radostawoff

Berlin, 22. Oktober.

Der frühere bulgarische Ministerpräsident Radostawoff ist nach mehmonatiger schwerer Krankheit in der Berliner Charité gestorben.

Radostawoff wurde am 14. April 1854 geboren, studierte leinertlich in Deutschland und begann seine für Bulgarien hervorragende Tätigkeit in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Nach der Vertreibung des Fürsten in mehmonatiger Verbannung wurde Radostawoff zum ersten Male Ministerpräsident in Bulgarien und vertrat während der Regentschaft Stambuloffs eine entschieden russischfreundliche Politik. Nachdem er sich anfangs mit König Ferdinand überworfen hatte, wurde er später sein Hauptmitarbeiter. Während des Weltkrieges entließ sich Radostawoff im September 1915 als Ministerpräsident zum Bündnis mit den Mittelmächten. Nach dem Zusammenbruch verließ Radostawoff Bulgarien und ließ sich wie auch König Ferdinand nach Deutschland, wo er leiblich in Berlin wohnte. In seiner Abwesenheit wurde bei 1920 gegen ihn und die Minister seines Kabinetts ein Verbot erlassen, wobei er zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Daher war ihm eine Rückkehr nach Bulgarien infolge unmöglichkeit. Erst vor kurzem ist er benadigt worden.

Arons Millionenbetrug.

Auch die Stadt Dresden ist gefährdet.

Berlin, 22. Oktober.

Die Wahrscheinlichkeit, daß der Reichsanwalt und Notar Dr. Siegfried Aron mit seiner Frau über die Grenze geflohen ist, gewinnt um so mehr an Boden, als bei der Kriminalpolizei inzwischen schon Anzeichen an Dr. Aron gemeldet sind, die sich auf 5 000 000 Mark belaufen.

Außer der nichterschlossenen Stadteigenschaft Waldenburg befinden sich unter den Geschädigten auch die Stadt Dresden und einige kleinere Kommunen. Man ganzt hat man zu 211 614 516 er ermittelt. Dr. Aron hat Bombard-

geschäfte gemacht. Die Kommunen und die Privatgesellschaften, mit denen Dr. Aron arbeitete, waren der Meinung, daß hinter dem Namen Dr. Aron ein Konjunkturmische, das nur von ihm vertreten werde und das als Geldgeber in Frage käme. In Wirklichkeit ist Dr. Aron jedoch selbst kein eigener Finanzmann gewesen.

Der Behauptung Arons, daß er in den Tod gehen würde, steht die Kriminalpolizei mit sehr großer Mißtrauen gegenüber. Dr. Aron hat vor seiner Abreise den letzten Rest seines Kontos, 60 000 Mark, von der Bank erhoben. Angeblich wollte er noch einmal nach Waldenburg fahren, um dort eine weitere Fristverlängerung durchzusetzen.

Bewunderung für „Do. X“.

England baut ein ähnliches Flugboot.

London, 22. Oktober.

Der erfolgreiche Probeflug des „Do. X.“ mit 160 Personen an Bord findet in England die größte Beachtung. Die Blätter bringen über den Flug sehr ausführliche Berichte an erster Stelle, in denen eine genaue Beschreibung des Verlaufes des Fluges gegeben wird.

Die „Evening News“ erinnert daran, daß in England die Höchstzahl der an Bord eines Flugzeuges mitgenommenen Personen 23 gewesen sei. Das Luftfahrtministerium habe aber nunmehr der Firma Sport Brothers in Rochester den Auftrag für den Bau einer neuen Maschine gegeben, die fast genau von den gleichen Ausmaßen sein werde wie der erfolgreiche „Do. X.“ Die Maschine werde für die Zielflüchtigkeit erbaudet. Die Erbauer hielten die Einzelheiten streng geheim. Das Flugzeug werde frühestens Ende nächsten Jahres für seine Probeflüge fertig sein. Die deutsche Kontraktion habe unweifelhaft den Bau eines ähnlichen Riesensflugzeuges beabsichtigt, obwohl die englische Kontraktion verschiedene Sonderanordnungen aufweisen werde. Das britische Flugzeug werde vielleicht ein Dreidecker anstatt eines Eindeckers werden und gleichfalls 12 Motoren zwischen den unteren und mittleren Tragdecken, anstatt vorn und hinten an den oberen Tragdecken besitzen.

Französische Anerkennung.

Paris, 22. Oktober.

Zu dem Flug des „Do. X.“ schreibt das „Echo de Paris“, die glänzende Leistung sei ein bewundernswertes Ereignis in der Geschichte der Luftschifffahrt.

Auch Amerika ist begeistert.

Newport, 21. Oktober.

Die Nachrichten vom dem aufsehenerregenden Flug des „Do. X.“ mit 160 Personen an Bord wird von der gesamten amerikanischen Presse in größter Aufmerksamkeit weitergegeben. Alle Blätter bringen ausführliche Schilderungen und Bilder des Riesensflugzeuges. Mit Anerkennung und Lob wird nicht zurückgeblieben.

Schweres Straßenbahnunglück.

Berlin, 23. Oktober. Am Bahnhof Bennefitstraße ereignete sich ein schweres Straßenbahnunglück. Aus bisher noch ungeklärter Ursache riefen zwei Straßenbahnen zusammen, wobei mehrere Personen, Fußgänger und Beamte, teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Die beschuldigte Feuerwehrruhr schnell zur Stelle und nahm sich der Verletzten an. Einige der Schwerverletzten mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden. Die beiden beschädigten Wagen der Straßenbahn mußten aus dem Verkehr gezogen werden.

Auch Breslau hat einen Sklareffandal.

Breslau, 23. Oktober. Oberbürgermeister Dr. Wagener soll auf Veranlassung der südlichen Wirtschaftskreise ein Unterdrückungsverfahren gegen 40 südliche Beamten ein-

geleitet haben, die beschuldigt werden, eine inzwischen in Konturs geratene Breslauer Firma bei südlichen Untertanen besonders bevorzugt zu haben. Die Unregelmäßigkeiten sind anfänglich des Kontantes der Firma, der Großhandlung für elektrische Artikel von Wismar, aus Licht genommen. Bei der Durchsicht der Bücher wurde ein Notenskonto entdeckt, wo die Ausgaben für Geschenke an 40 namentlich aufgeführte südliche Beamte eingetragen waren.

Der Präsident der Reparationsbank?

Baden-Baden, 23. Oktober. In der englischen und der amerikanischen Presse wird die Nachricht verbreitet, daß die Frage des Präsidenten der Reparationsbank bereits geregelt und dieser Posten Herrn Reynolds, dem Vorsitzenden des Organisationsausschusses angeboten worden sei. Demgegenüber wird von Seiten des Organisationsausschusses darauf hingewiesen, daß es überhaupt nicht Sache dieses Ausschusses sei, den Präsidenten zu wählen. Dies ist vielmehr Aufgabe des Verwaltungsrates. Der Organisationsausschluß habe lediglich den Präsidenten der ersten Sitzung des Verwaltungsrates zu benennen. Für eine Vorberedung über die Wahl des Präsidenten können höchstens die Notenbankpräsidenten in Frage. Diese würden aber sicherlich nicht eher an sie herangehen, bevor nicht die Bank ins Leben gerufen worden sei.

Schluß der Versteigerung im Hause Subfow.

Bonn, 23. Oktober. Die Versteigerung im Palais Schaumburg fand ihren Abschluß. In den letzten Stunden wohnten nur noch wenige Interessenten der Versteigerung bei. So kam es, daß manche Käufer für einen überhöhten geringen Preis wegzogen. Zum Beispiel wurden für sämtliche Werke von Schiller, Goethe, Lessing und Körner insgesamt 21.200.— gekauft. Der Gesamtpreis, der für die Bibliothek erzielt wurde, beläuft sich auf 21.750.—. Ingesamt erbrachte die Versteigerung etwa 470 000.—. Am. Die Verwendung dieses Betrages ist bisher noch völlig ungeklärt. Anspruch darauf erheben die Gläubiger und der Bielefelder Hof. Bis zur endgültigen Vereinigung der Angelegenheit wird der Betrag dem Gericht hinterlegt.

Chinesische Räuberwerfen auf dem Selben Fuß.

Peking, 23. Oktober. Das englische Generalkonsulat in Schanghai hat ein Telegramm aus Hongkong erhalten, wonach auf dem Selben Fuß chinesische Räuber einen englischen Dampfer überfallen haben. Der Kapitän des Dampfers kam heil und rannten den Passagieren 675 englische Pfund. Der Besatzung wurden die Gewehre und Munition abgenommen. Zwei reichliche chinesische Industrielle, die sich auf dem Dampfer befanden, wurden entführt. Den Angehörigen drohen sie mit der Erschießung, wenn nicht binnen drei Tagen ein Lösegeld von 100 000 Dollar gezahlt würde.

Vermischtes.

Kriminalromane gegen Neurotiker. Im Schaufenster eines norwegischen Buchhändlers kann man neuerdings in großer Buchflut folgendes lesen: „Sind Sie nervös? Haben eine Ausschüttung? Kriechen Sie in der man alle die lieblichen Dinge sehen kann, die in Kriminalromanen eine Rolle zu spielen pflegen wie Revolver, Hands- und Fußschellen, Boxerhandschuhe, Finger- und Fußabdrücke, sowie selbstverständlich die besten Kriminalromane der Gegenwart. Die Ausstellung lädt jeden Tag Hunderte von Besuchern an. Ob die Kaufleute aber mittlere Erlösung von ihrem Leben der Neurotiker finden, das muß allerdings denn doch beweiselt werden.“

Deutsche Volkspartei — und Eugenbergs Volksbegehren.

Das gesamte deutsche Volk ist gegen die Kriegsschuldfrage. Dieses ist bereits genügend der Welt, zuletzt in der Rede unseres verehrten Reichspräsidenten Hindenburg dargelegt. Ganz etwas anderes ist es aber mit dem

Youngplan,

der zwar keine Unmöglichkeit darstellt, aber das kleinere Übel gegenüber dem Damesplan ist, dem übrigens 49 deutsche Abgeordnete die Annahme sicherten.

Das Wichtigste bleibt die Befreiung des Rheinlandes und die Eröffnung der Verhandlungen zur Rückkehr des Saargebietes zum deutschen Vaterlande.

Revisionsmöglichkeiten hat auch der Youngplan.

Aus vaterländischen Gründen lernt es sich die Deutsche Volkspartei schweren Herzens gelohnt entschlossen, ihren Mitglieðern anzuempfehlen, dem Volksbegehren fernzubleiben, entgegen der in Nr. 164 des „Voten für das Gesetl.“ gebrachten Darstellung, überföhrieben: Entgegen aber eine Rede von Curtius.

Nicht stillen Bürgerkrieg, sondern versöhnen und aufbauen, das will die Deutsche Volkspartei.

Stellen-Anzeigen

für den „Personal-Anzeiger des Daheim“

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über dem Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 100 Bfg. für die Zeile (= 7 Elb.) bei Stellenangeboten und nur 75 Bfg. bei Stellengesuchen und für sonst. Kleine Anzeigen 120 Bfg. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Kofleben.

Im „Schützenhaus“ zu Nebra
Auf vielseitigen Wunsch am Sonntag nochmals
Oktoberfest
in der Tanzdiele
und den unteren ausgeschmückten Räumen.
● Radio-Tanz-Einlagen ●

Brotkastenverkaufskasten,
die, mittel, dünn und fein für
Brot, Butter, Eier, Käse, u.
Eisenerzeugnisse. Durchlöcher
Koffert, ca. 34-56 mm hoch,
wie Sie ihn brauchen.
Hauptfabrik in Wolfenbüttel,
Postfach 32.

Gerolltes Metermaß
gefunden. Abgehoben gegen
Unkostenersatzung bei
Umwandlung in
Spielkarten
hält vorrätig
Walter Scharf.

● Frisch eingetroffen:
● Feinste Kieler
Fettbücklinge
● ff. Sauerkraut
— à Pfund 15 Bfg. —
● Heine's Delikates
Würstchen
3 Paar-Dose nur 90 Pf.
5 Paar-Dose nur 1.50 M.
● Heine's Koch-Wurst
5 Stück-Dose nur 1.50 M.
● August Oelschig.

Briefpapier
in guten Qualitäten
lose und in geschmack-
vollen Packungen
Walter Scharf, Nebra.

Bessere technische
Orientierung bringt
höhere Einkünfte
Das zu erreichen, brauchen Sie
die altbekannte im 10. Jahrgang
stehende Monatsschrift
Technik für Alle
mit ihrem 4 kostenlosen
Beiblättern im Jahr.
Für RM. 2,25 im Vierteljahr
das sind 2/3, vierteljährlich im Tag
Belohnung, Anregung
Unterhaltung!
Verlangen Sie kostenlos Probeheft
Dirck & Co. Verlag, Stuttgart

Drucksachen
liefer prompt
und preiswert
die
aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen
Buchdruckerei Wilh. Sauer

Mebauer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Mebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kobleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kobleben.
Geschäftsstelle in Mebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kobleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpartoff Mebra — Bankverein Erkern.

Nr 126

Donnerstag, den 24. Oktober 1929

42. Jahrgang

Zündholzmonopol und Schwedenanleihe.

Die offiziellen Mitteilungen.

Stockholm, 22. Oktober.

Die Direktion des schwedischen Zündholzmonopols gibt folgende offizielle Mitteilung heraus: Ein endgültiger Vertrag ist abgeschlossen worden zwischen der deutschen Reichsregierung und der Schwedischen Zündholzgesellschaft sowie der Firma N. B. Finanzielle Maatschappij Kreuger & Toll, wodurch das Monopolrecht für Deutschland für Verkauf, Ausfuhr und Einfuhr von Streichhölzern der Deutschen Zündholzvertriebs-Gesellschaft überlassen wird, die vor-aussichtlich später infolge der Transaktion ihren Namen ändern wird. Die Zeit für die Übertragung des Monopols ist festgelegt worden auf wenigstens 22 Jahre und höchstens 50 Jahre, abhängig von dem Zeitpunkt für die Rückzahlung von den Zündholzfabriken in Verbindung mit der Transaktion der deutschen Regierung gewährten Darlehens.

Während der Vertragszeit dürfen keine neuen Zündholzfabriken in Deutschland angelegt werden. Die Hälfte der Aktien in der Monopolgeellschaft sollen direkt oder indirekt von der Schwedischen Zündholzgesellschaft und der International Match Corporation und die andere Hälfte von Aktien von den deutschen Fabrikanten der Reichsregierung N. B. übernommen werden. Die Erzeugungsquoten für die Zündholzfabriken sind festgelegt worden, daß die zu der Schwedischen Zündholzgesellschaft gehörigen Fabriken wie früher ungefähr 65 Prozent und die deutschen Fabriken ungefähr 35 Prozent der Zündholzproduktion erhalten. Hinsichtlich der Verteilung der Zündhölzer soll der Einzelverkaufszweig von 25 auf 30 Pf. je Paket von 10 Schächteln erhöht werden. Besondere ausführliche Bestimmungen für die Preisfestlegung sind in den Vertrag aufgenommen. Den Aktienbesitzern der Monopolgeellschaft wird ausgereicht eine feste Dividende auf ihre Aktien in Höhe von 9 Prozent. Die Regierung soll 13 Reichsmark je Kiste von 10 000 Schächteln erhalten, und der möglicherweise darüber hinausgehende Gewinn soll zu gleichen Teilen zwischen dem deutschen Staat und den schwedischen Anteilseignern verteilt werden.

In Verbindung mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag soll N. B. Finanzielle Maatschappij Kreuger & Toll dem deutschen Staat ein Darlehen von 125 Millionen Dollar auf eine Zeit von 50 Jahren geben, zu einem Zinssatz von 6 Prozent und zu 88 Prozent Ausgabekurs, sowie mit einem Konvertierungsrecht für den deutschen Staat zu noch nach 10 Jahren. Das Darlehen soll in zwei Raten geteilt werden, oder eine zu 50 Millionen Dollar 7 Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages und der Rest von 75 Millionen Dollar nach weiteren 9 Monaten. Der Vertrag soll vom Reichstag ratifiziert werden und ist abhängig von der Annahme des Youngplanes.

Die Berliner amtliche Verkaufbarung.

Ueber den Abschluß der Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit dem schwedischen Zündholz-Konzern wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Zwischen dem Reichsminister und Herrn Svare Kreuger und unter Mitwirkung des Reichsfinanzpräsidenten Bumke ist ein Vertrag über eine im Zusammenhang mit der Neuorganisation der deutschen Zündholzindustrie stehende Anleihe paraphiert worden. Ueber die Grundlagen eines endgültigen Vertragsabschlusses besteht volle Einverständlichkeit. Einige Einzelheiten sind noch Gegenstand von Verhandlungen. Der Abschluß des Vertrages selbst wird in einigen Tagen erfolgen. Die Öffentlichkeit wird jedoch über den Inhalt des Abkommens eingehend unterrichtet werden.

Staatsgerichtshof und Volksbegehren.

Der preussische Verfassungsrat abgelehnt.

Leipzig, 23. Oktober.

Der Staatsgerichtshof ist auf Grund einer eiligen Einsichtnahme durch den Reichsgerichtspräsidenten Bumke in Leipzig zurückgetreten, um über die Klage zu entscheiden, die von der Deutschen Nationalen Volkspartei gegen die preussische Regierung wegen deren Stellungnahme gegenüber den Beamten erhoben ist, die sich am Volksbegehren beteiligten.

Der Beamte führt Reichsgerichtspräsident Bumke, Beisitzer sind die Reichsgerichtspräsidenten Hagemann, Trebe und Schöck, und die Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Dr. Grottel, Hagen, Lüggenburger und Dr. Otto. Das Protokoll führt Regierungsinventar Strauß.

Der Vorsitzende erteilt zunächst die Aufgaben der Verhandlung. Sie betreffen in erster Linie den Erlaß einer einheitlichen Verfügung durch den Staatsgerichtshof. Mit Rücksicht auf die Frage offen gelassen, ob nicht ein gegenständliches Einverständnis der Parteien herbeigeführt werden könne, um auch zur Hauptphase zu verhandeln. In folgenden Tagen und Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes zur Verhandlung der Hauptsache die Wahrung einer Ordnung von 14 Tagen voran. (Paragraf 6 der Geschäftsordnung.) Nach längerer Auseinandersetzung, an der sich in der Hauptsache Reichsgerichtspräsident Bumke als Vertreter der deutschen Nationalen Volkspartei und als Regierungsvollstreckungsministerialrat Badt beteiligten, verständigte der Staatsgerichtshof folgende Beschlüsse:



Das Reich mit vollständigster Bescheinigung verlangt.

Das Gemeindeverfassungsrecht.

Ausführung des Preussischen Landtages.

Berlin, 23. Oktober.

Der Gemeindeauschuss des Preussischen Landtages beschloß sich nochmals mit der

Novelle zum Gemeindeverfassungsrecht,

wonach festgelegt wird, daß im Falle eines besonderen Bedürfnisses durch Gesetzliche die Stellen eines besoldeten Gemeindevorstandes und besoldeten Schöffen eingerichtet werden können. Durch diese Bestimmung soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, für die Aufhebung und Sinterbliebenbezüge derjenigen Gemeindebeamten der genannten Art, die entgegen den bisher geltenden Bestimmungen des Gemeindeverfassungsrechtes als besoldete Beamten angestellt worden waren.

In seiner neuerlichen Beratung hat der Ausschuss im wesentlichen seine Beschlüsse bekräftigt, aber beschlossen, die Regelung der generellen Bestimmungen wie der Stärke der in Frage kommenden Landgemeinden usw. dem kommenden Gemeindeverfassungsrecht zu überlassen.

Die innerpolitische Lage in Polen.

Am Vorabend großer Ereignisse.

Warschau, 23. Oktober.

Die innerpolitische Lage in Polen wird in Warschauer politischen Kreisen lebhaft erörtert. Im Parlament herrscht reges Leben, da einige Fraktionen Beratungen über die in der nächsten Zeit zu unternehmenden Schritte abhalten. Bei Rücksicht fanden vor kurzen wichtige politische Besprechungen statt, die ebenfalls die sich immer mehr zuspitzende innerpolitische Lage zum Gegenstand hatten. Bekanntlich hat die Regierung sich entschlossen, den Sejm auf den 31. Oktober einzuberufen. Eine längere Versögerung ließ die Verfassung nicht mehr zu. Schon in der Einberufung auf den letzten Tag prägt sich die geringe Vertretung aus, deren sich der Sejm im Regierungslager erfreut.

Während der Sejm nicht nur das Schicksal des Sejm entscheiden. Eine große Anzahl von Sejmparteien der Linken, der Mitte und der Rechten werden Ministereinstellungen gegen die Gesamtregierung einbringen. Bisher haben einzelne Ministereinstellungen, die beim Sejm auf den 31. Oktober einberufen werden, die Befreiung zur Folge hatten. Es ist aber nicht anzunehmen, daß Rücksicht genommen ist, einem Ministereinstellung des von ihm so verachteten Sejm zu weichen. Das ist auch bereits von den Führern des Regierungslagers Pressevertretern gegenüber zum Ausdruck gebracht worden. Sollte dieser Fall eintreten, dann bliebe der Regierung nichts weiter übrig, als ein Ende zu machen mit dem bisherigen Schwanken zwischen Legitimität und Selbstherrlichkeit, den Sejm aufzulösen und die Verfassungsänderung, über die ein Entwurf des Regierungslagers schon seit Februar d. J. vorliegt, durch Staatsstreich zu erzwingen. Auf diesen Ausweg wären die Kreise im Rückblick schon längst verfallen, wenn nicht die Aussicht auf den ausstehenden Kredit dem entgegenstände. Gerade dieser ausstehende Kredit ist es aber, dessen Fehlen bei der katastrophalen

Lage seiner Wirtschaft gerade jetzt am dringendsten bedarf. Die jahrelange Verschleppung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ist auch nicht geeignet, der polnischen Wirtschaft eine Erleichterung zu verschaffen und den polnischen Auslandskredit zu füllen.

Vorläufig ist jedenfalls die Frage noch offen, wie die Regierung im Falle der Annahme des Ministereinstellungsvotums der Oppositionsparteien, die selbst im Regierungslager erwartet wird und die nach der Verfassung nur den Ministerrat der gelamten Regierung zur Folge haben kann, handeln wird. In Warschauer parlamentarischen Kreisen wird die Möglichkeit erörtert, daß sich Rücksicht, dem die offene Diskussion nicht zu liegen scheint, einmal entschließen könnte, der Opposition Gelegenheit zu einer parlamentarischen Regierungsbildung zu geben. Das würde jedoch nur ein Experiment darstellen, da ja die Opposition in sich selbst nichts weniger als einig ist und zu einer Übereinstimmung über ein Regierungsprogramm niemals gelangen würde. Weiter wird die Möglichkeit besprochen, daß die Regierung das Ministereinstellungsvotum gar nicht erst abwarten, sondern sich noch vor der Eröffnung des Parlaments umdrehen werde. Diesmal hat es jedoch nicht den Anschein, als ob sich die Opposition damit zufrieden geben wird. In Warschau steht man also genehmigt wieder einmal am Vorabend großer Ereignisse.

Gerechtigkeit für die Deutschen!

Benefit über die Winderheften.

Paris, 22. Oktober.

Im Namen seiner Wahlpropaganda hat der tschechoslowakische Außenminister Benesch das Nationalitätenprobleme zum besonderen Thema einer Rede gemacht, die sich namentlich auf die deutsche Winderhefte wandte.

Benesch erklärte, daß unter der Voraussetzung der Anerkennung des tschechoslowakischen Staates die Deutschen in der Tschechoslowakei nicht ertragen könnten, sondern sich noch vor der Eröffnung des Parlaments umdrehen werde. Diesmal hat es jedoch nicht den Anschein, als ob sich die Opposition damit zufrieden geben wird. In Warschau steht man also genehmigt wieder einmal am Vorabend großer Ereignisse.

Aus diesen Ausführungen scheint hervorzugehen, daß man beabsichtigt, eine grundsätzliche Regelung des tschechoslowakischen Problems auf der Basis eines formulierten Vertrages herbeizuführen.

Das Kabinett Briand gestürzt.

Paris, 22. Okt. Die Regierung Briand ist in der ersten Sitzung der wieder zusammengetretenen Kammer gestürzt worden. Da fast von sämtlichen Parteien, von der äußersten Linken bis hinüber zur äußersten Rechten, von Briand verlangt wurde, daß die Debatte über die außenpolitischen Fragen, insbesondere über den Youngplan und über die Rheinlanddrängung, sofort eröffnet werde, sah sich Briand gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen. Dabei blieb er mit elf Stimmen in der Minderheit.

Für uns Deutsche ist der Wechsel in der französischen Regierung ohne besondere Bedeutung, denn wir haben in letzter Zeit erleben müssen, daß der Sozialist Briand keineswegs dem Chauvinisten Poincaré nachstand, wenn es galt, dem besiegten Deutschland die Fesseln fetter anzulegen. In diesem Punkte sind beide Franzosen, seine Parteikollegen.

Die Senatswahlen in Frankreich.

Leidige Verhältnisse nach links.

Paris, 21. Oktober.

Bei den Senatswahlen wurden 69 ausstehende Senatoren wiedergewählt, während 27 neue im kommenden Januar in das Palais de Luxembourg einzeln werden. Die Ergebnisse von Guadeloupe und Reunion ließen nach aus. Die Abstimmung hat einen ganz geringen Grad nach links gebracht, und zwar verlor die republikanische Liste 7 Sitze, während die Radikalkandidaten 3, die Radikalen und die Radikalsocialisten ebenfalls 3 und die Sozialisten 1 Sitz gewannen.

Das bemerkenswerteste Ereignis der Wahlen ist die Niederlage des Autonomisten Abbé Saenq. Nicht gewählt wurden der frühere Finanzminister Anterior, der frühere Ministerpräsident Francois-Marcel, sowie andere reichsgerichtete Senatoren Raibert, Oberst Solle, Peres und der Bürgermeister von Marzillac, Franzosen.

Preffestimmungen.

Die französische gemäßigtere Presse feiert das Wahlergebnis als eine außerordentliche Bewegung nach links, bezogen erklärt das „Echo de Paris“:

Unter Berücksichtigung des Umfanges, daß die anstehenden Senatoren bereits 1926 gewählt worden seien und daß die Gemeindevahlen von 1925 und 1929 teilweise zu Gunsten der Radikalen, teilweise unentschieden ausgefallen waren, hätten die Wählerparteien geglaubt, sie würden zahlreiche Erfolge erringen. Durch dieses Ergebnis seien sie anstandslos enttäuscht worden. Der